

SCHÖNE GRÜNE WELT

*«Die Green Economy ist kohlenstoffarm,
ressourceneffizient und sozial gerecht»¹*

ÜBER DIE MYTHEN DER GREEN ECONOMY

Sie stoppt Klimawandel und Artensterben und schafft nebenbei hohe Wachstumsraten und Millionen Arbeitsplätze: die *Green Economy*. Sie gilt als Wunderwaffe. Mit ihr soll der globale Kapitalismus stabilisiert werden. Und er soll dann auch noch nachhaltig sein. Was aber ist *Green Economy*? In ihr sollen politische Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass Kapital fließt, um Märkte und Wirtschaft «grüner» zu machen und «grüne» Arbeitsplätze zu schaffen. Unternehmen sollen für Umweltschäden einen «angemessenen» Preis zahlen. Und nicht zuletzt: Der Staat soll seine öffentliche Beschaffung am Nachhaltigkeitskriterium ausrichten und nachhaltige Infrastrukturen fördern.

Im Juni 2012 soll in Rio de Janeiro auf der UN-Konferenz Rio+20 die *Green Economy* zu einem neuen Leitbegriff globaler Politik werden. Die Konferenz findet zum 20. Jahrestag der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung statt, auf der 1992 die Zauberformel von der «nachhaltigen Entwicklung» geprägt wurde. 2012 ist es nun die *Green Economy*, die in aller Munde ist. Schon seit 20 Jahren wird von der Begründung des Kapitalismus geschwärmt. Gleichzeitig ist offensichtlich: Irgendwie geht es mit der nachhaltigen Entwicklung nicht so recht voran. Die CO₂-Emissionen steigen. Die biologische Vielfalt schrumpft. Hunger, Verarmung und soziale Ungleichheit nehmen in vielen Ländern zu. Die gefeierte «Versöhnung von Ökologie und Ökonomie» gestaltet sich zäh. Die *Green Economy* ist nicht das, was viele in ihr sehen wollen: eine magische Formel, die auf dem Silbertablett Lösungen für zahlreiche Probleme anbietet.

Mit dieser Broschüre soll gezeigt werden: *Green Economy* ist ein umkämpfter Begriff, der mit vielen Inhalten gefüllt werden kann – je nach Interessenlage. Und es soll aufgezeigt werden, wo die Vorschläge zu kurz greifen, zu schnell den Kompromiss mit den herrschenden Kräften suchen und Alternativen eher verdrängen als fördern. Fest steht: Bricht die *Green Economy* nicht mit den Strukturen der Old Economy und dient sie lediglich als Wachstumsprogramm, so wird sie enttäuschen und sehr schnell ihren Glanz verlieren.

Inhalt

1.	« <i>Green Economy</i> belebt die nachhaltige Entwicklung»	2
2.	«Die Krise ist eine Chance für eine <i>Green Economy</i> »	5
3.	«Die <i>Green Economy</i> versöhnt Ökonomie und Ökologie»	7
4.	«Die <i>Green Economy</i> schafft gute Arbeitsplätze»	13
5.	«Höhere Effizienz führt zu mehr Wachstum mit weniger Ressourcenverbrauch»	16
6.	«Umweltschutz und Nachhaltigkeit benötigen einen starken Staat»	21
7.	«Unternehmen sind die Motoren der <i>Green Economy</i> »	24
8.	«Grünes Geld fördert die grüne Wirtschaft»	26
9.	«Deutschland kann seine Stellung als Weltmarktführer bei grünen Technologien ausbauen»	29
10.	«VerbraucherInnenmacht zwingt Unternehmen zum Umweltschutz»	31
11.	«Die <i>Green Economy</i> bietet dem Süden Entwicklungschancen»	33
12.	« <i>Green Economy</i> bekämpft Armut»	37
	Fazit	39
	Angesichts der falschen Versprechen der <i>Green Economy</i> : Eine sozial-ökologische Transformation ist nötig (und möglich)!	
	Zum Weiterlesen	41

«GREEN ECONOMY BELEBT DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG»

Die Strategien «nachhaltiger Entwicklung» haben die Weltwirtschaft nicht nachhaltig gemacht. Die Belastung der Umwelt bedroht mittlerweile Staaten, Regionen, ja das ganze System. Immer wieder wird behauptet, die Strategie nachhaltiger Entwicklung sei unwirksam, weil der politische Wille fehle und die umweltpolitischen Institutionen zu schwach blieben. Diesen Mangel soll die *Green Economy* beheben. Denn sie sei ein neues Wirtschaftsparadigma, das die Konzepte der nachhaltigen Entwicklung endlich konkret mache.² Die politischen Rahmenbedingungen sollen von starken internationalen politischen Institutionen im Zusammenspiel mit nationalen Regierungen geschaffen werden. Davon sollen alle etwas haben: Die Unternehmen erhalten neue Märkte, die Beschäftigten attraktive und sinnvolle Arbeit und die Länder des Südens Chancen in den «grünen Sektoren» des Weltmarktes. Gleichzeitig profitieren Gesellschaft und Natur vom geringeren Ressourcenverbrauch.

Was ist dran?

Richtig ist: Trotz vieler Einzel-Erfolge ist die Politik der nachhaltigen Entwicklung weitgehend gescheitert. Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme sind nicht gelöst. Die Ursachenanalyse greift seltsam kurz: Die Begründung «schwache politische Institutionen» verweist auf den mangelnden politischen Willen, starke Institutionen zu schaffen – also Institutionen, denen sich die nationalen Regierungen und auch die Unternehmen beugen müssen. Die Begründung «mangelnder politischer Wille» wiederum ist keine Antwort, sondern führt nur zur nächsten Frage: Warum will «die Politik» nicht?

Grund hierfür ist, dass die Regierungen der ökonomisch mächtigen Länder das westliche Lebens- und Produkti-

² Zu den Differenzen und Gemeinsamkeiten von nachhaltiger Entwicklung und Green Economy, vgl. Markus Wissen (2012): Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise. In: Kurswechsel 2 (i.E.).

onsmodell nicht hinterfragen und an einer weitgehend ungesteuerten kapitalistischen Globalisierung festhalten. Hier herrscht die Konkurrenz um Weltmarktanteile, die für die rasante Zunahme von Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch sorgt. Dies liegt am Gegensatz von betriebswirtschaftlicher Kalkulation und Naturschutz bzw. nachhaltiger Naturnutzung: Für die Unternehmen ist es bislang meist profitabler, Natur als billige Rohstoffquelle und Mülldeponie zu nutzen. Schließlich werden Rohstoffe zunächst einmal gratis zur Verfügung gestellt und die Natur verlangt auch keine Müllgebühren. Eine kurze Lebensdauer von rohstoffintensiven Produkten ist oft rentabler als die umweltschonende Produktion hochwertiger Güter.

Zur Konkurrenz um Weltmarktanteile kommt die Konkurrenz der Staaten um die Verteilung der Kosten und Erträge der *Green Economy*. «Wie zu erwarten, gehören diejenigen Gruppen zu den stärksten Blockierern von Transformationsprozessen, die durch den angestrebten Wandel materielle oder Statusverluste zu erwarten haben.»³ Die grüne Wirtschaft ist eben kein Gewinn für alle, sondern nur für die Gewinner. Der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, bringt es auf den Punkt: «Eine neue Weltordnung bricht an. Das Rennen um die Führerschaft hat bereits begonnen. Für die Gewinner sind die Erträge klar: Innovationen und Investitionen in saubere Energien werden das grüne Wachstum stimulieren; es wird Jobs schaffen, eine größere Unabhängigkeit der Energieversorgung und der nationalen Sicherheit.»⁴

Die grüne Wirtschaft schafft also keine Win-Win-Konstellation. Stattdessen werden kapitalintensive Bergbau- und Großprojekte im Bereich der Infrastruktur, teure Offshore-Windanlagen und der Emissionshandel vorangetrieben. Auch die *Green Economy* bleibt innerhalb der kapitalistischen

3

³ WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. S. 201 ⁴ Ackermann, Josef (damals Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank AG) im Dezember 2010, zit. in: Jaeger, Carlos C. Et al. (2011): A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report. European Climate Forum e.V., Potsdam.

Rationalität.⁵ Über Macht verfügen in erster Linie diejenigen, die auch über Kapital verfügen und es investieren können. Die Logik, sich an ständig neuen Investitionen, an Profit und Konkurrenzdynamiken zu orientieren, wird nicht hinterfragt. Für die Unternehmen heißt es weiterhin: «Gewinne maximieren». Und für die Staaten heißt es «nationales Wirtschaftswachstum maximieren». Die konkreten ökologischen Kosten in vielen Regionen der Welt, aber auch die sozialen Kosten der ökologischen Modernisierung bleiben daher zweitrangig. Probleme werden nicht gelöst, sondern nur verschoben, wenn etwa in Europa Autos mit Agrartreibstoffen angetrieben und dafür z. B. in Indonesien KleinbäuerInnen enteignet oder Tropenwälder abgeholzt werden, um Plantagen für Ölpalmen anzulegen; oder wenn Unternehmen des Nordens ihre besonders umweltschädliche Produktion in Länder des Südens verlagern.

4 Die *Green Economy* bedeutet also nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt das Streben nach Profit ersetzt. Stattdessen bleibt in der Welt der *Green Economy* die Profiterwirtschaftung notwendige Bedingung allen Wirtschaftens und der Umweltschutz wird ihr untergeordnet. Auch staatliche Regelung hat hier nur begrenzte Einflussmöglichkeiten (Punkt 6: Umweltschutz und Nachhaltigkeit benötigen einen starken Staat). Von daher sind die Aussichten einer *Green Economy* nicht grundsätzlich andere als die der «nachhaltigen Entwicklung». Anders wäre dies erst, wenn nicht länger auf die Modernisierung des Kapitalismus gesetzt würde, sondern auf eine grundlegende Transformation hin zu einer solidarischen Produktions- und Lebensweise, in der Mensch und Natur nicht länger nur möglichst billige Ressourcen sind.

⁵ Wichterich, Christa (2011): Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy. In: Informationen für die Frau 5; S. 5–7; Brunnengräber, Achim/ Haas, Tobias (2011): Green economy – green new deal – green growth. Occupy Rio plus 20. W&E-Hintergrund November. www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae69e6d0b04602/042ae69fa30de0101.php (Zugriff: Februar 2012).

«DIE KRISE IST EINE CHANCE FÜR EINE GREEN ECONOMY»

In vielen politischen Reden ist zu hören, die Krise könne für einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft genutzt werden. Die EU-Kommission formulierte 2010 einen Plan für nachhaltiges Wachstum, um eine Ressourcen-leichte, ökologische und wettbewerbsfähige Ökonomie zu schaffen.⁶ Die Krise gilt zum einen als Chance für die *Green Economy* und die *Green Economy* gilt zum anderen gleichzeitig als Mittel gegen die Schwäche des Wirtschaftswachstums. In der Tat wachsen derzeit die Solarenergie-, Biomasse-, Windkraft- und Recyclingindustrien besonders stark. «Die Umwelttechnik erweist sich selbst in einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Abkühlung als robust. Dies zeigt beispielsweise für Deutschland der Geschäftsausblick der Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig: Denn mehr als 80 Prozent aller befragten Unternehmen erwarten künftig gleich bleibende oder günstigere Geschäftsaussichten.»⁷

Was ist dran?

Entgegen dieser Hoffnungen zeigt sich: Die Krise ist eher ein schlechtes Umfeld für die *Green Economy*. Im Zuge der globalen Finanzkrise haben sich viele Staaten stark verschuldet. Einige leiden daher unter einer echten Schuldenkrise. Diese Krise wird bekämpft – in erster Linie durch den Versuch, das Wirtschaftswachstum mit allen Mitteln zu fördern. Dies bedeutet: Unternehmen von Kosten zu entlasten. Dabei verlässt sich die Politik nicht auf die Wunderwaffe *Green Economy*: In Anbetracht der Kosten der Krise scheut sie weitere Ausgaben durch einen ökologischen Umbau oder schärfere Umweltauflagen. Bereits 2009 hatten die Ökonomen Nicolas Stern und Ottmar Edenhofer Vorschläge unterbreitet, wie die G20-Staaten eine «Global

⁶ EU Commission (2010): Europe 2020 – A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010)2020. ⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg., 2009): GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland München, 16, http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/downloads/doc/43943.php.

Green Recovery» einleiten könnten. Umgesetzt wurden die Vorschläge nicht. Stattdessen folgten viele Staaten dem deutschen Vorbild und führten eine Abwrackprämie ein, um den Absatz der Autoindustrie anzukurbeln – mit entsprechenden Auswirkungen für die Umwelt. Folge dieser Anti-Krisen-Politik: Im Jahr 2010 wurden so viele Emissionen freigesetzt wie nie zuvor. «Erstmals seit der Jahrtausendwende stiegen die Emissionen der G20 stärker als das Wirtschaftswachstum ... Die Zukunftsperspektiven sehen gerade angesichts der multiplen Krisen düster aus»⁸.

Selbst wenn die Standorte zur Lösung der Krise ganz auf «grün» setzen würden, bliebe fraglich, ob die Umwelt davon profitieren könnte. Denn eine *Green Economy* beendet den Wachstumszwang nicht. Und was ungebremstes Wachstum bedeutet, macht folgendes Beispiel klar: In Deutschland kommen derzeit auf 1000 EinwohnerInnen etwa 700 Fahrzeuge. Wenn sich weltweit Automobilität auf bundesdeutschem Niveau verallgemeinert, dann bedeutet das nicht nur einen massiven – und gewinnträchtigen – Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sondern einen Anstieg von heute einer Milliarde Autos auf etwa fünf Milliarden. Das bringt auch mit dem massiven Einsatz von Elektromotoren eine enorme Zunahme der Nutzung von Ressourcen, Energie und Senken mit sich. Trotz neuer Investitions- und Entwicklungspfade bleibt die systemimmanente Wettbewerbslogik zwischen den Standorten bestehen und die derzeitige Krise der Solarindustrie in Deutschland gießt auch hierzulande Wasser in den Wein.

Die *Green Economy* ist ein Versprechen auf die grüne Modernisierung des Kapitalismus, ohne aber kapitalistischen Logiken wie Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit oder Machtverhältnisse, die bislang zugunsten der Unternehmen ausgerichtet sind, zu verändern.⁹ Die nicht-nachhaltige kapitalistische Lebensweise soll zwar grüner werden, aber

8 Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (2012): Rio + 20: Die grüne Beliebigkeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2012. 9 Wichterich, Christa: Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy. In: Informationen für die Frau, Oktober 2011.

nicht zu einer solidarischen Lebensweise umgebaut werden. Suggestiert wird allen gesellschaftlichen Gruppen: «Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.»

3.

«DIE GREEN ECONOMY VERSÖHNT ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE»

Unabhängig von der aktuellen Krise sagen die BefürworterInnen: Die *Green Economy* versöhnt Ökologie und Ökonomie miteinander. «Umweltschutz und Wirtschaftswachstum stehen nicht im Widerspruch, sondern bedingen einander.»¹⁰ Der prominente Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker argumentiert: «Eine Welle neuer, faszinierender technologischer Innovationen könnte zur größten Hoffnung für einen neuen Aufschwung werden.»¹¹ Eine Strategie gegen die zunehmende Umweltzerstörung besteht darin, den ökonomischen Wert der Natur zu erkennen und ihr einen Preis zu geben. Natur, so die Annahme, wird dann geschützt, wenn sie als «Naturkapital» in die Kalkulation der Wirtschaft eingeht. «Die Preise sollen die ökologische Wahrheit sagen», – dieser Satz hört sich ganz aufrichtig an.

Die *Green Economy* gilt ihren BefürworterInnen als Konjunkturmotor: Die Vereinten Nationen sagen für 2010 bis 2050 für das «grüne Investitionsszenario» höhere Wachstumsraten voraus als für das «business as usual»-Szenario. «Wirtschaften wie bisher» würde bedeuten, dass der nicht-nachhaltige Entwicklungspfad fortgeschrieben wird. Für Deutschland wird für 2020 eine Wachstumsrate von 2,4 Prozent in einer *Green Economy* vorausgesagt gegenüber 1,8 Prozent, wenn der Umbau nicht erfolgt; entsprechend eine Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent gegenüber 8,5 Prozent.¹²

¹⁰ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg., 2009), *GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland*, München, S. 10.

¹¹ Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Hargroves, Karlson/Smith, Michael (2010): *Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum*, S. 25, München. ¹² Jänicke, Martin (2011): «Green Growth». Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften. Forschungszentrum für Umweltpolitik, Berlin.

Vor wenigen Jahren wurde geschätzt, dass Umwelttechnologien in Deutschland bereits acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und dass sich dieser Anteil bis 2020 auf 14 Prozent erhöhen soll.¹³

Tabelle 1

Weltmarktvolumen für Umwelttechnologien 2007
[in Milliarden Euro]

Energieeffizienz	538
Nachhaltige Wasserwirtschaft	361
Nachhaltige Mobilität	200
Umweltfreundliche Energien	155
Rohstoff- und Materialeffizienz	94
Kreislaufwirtschaft	35

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland (München: Verlag Franz Vahlen, 2009)

«Insbesondere die Märkte für Photovoltaik, Solarthermie, Windenergie und Biogas werden bis 2020 um etwa 20 Prozent pro Jahr wachsen: Wurden im Jahr 2007 gerade einmal 31 Millionen Quadratmeter Sonnenkollektoren zur Wärmegewinnung installiert, werden dies im Jahr 2020 bis zu 340 Millionen Quadratmeter sein. Das Marktvolumen für die Hersteller der Kollektoren steigt derzeit jährlich um ein Viertel.»¹⁴

¹³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg., 2009): GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, München, S. 2. ¹⁴ Ebenda, S. 62f.

Tabelle 2Weltmarktprojektionen in Kernsektoren¹⁵

Weltmarktvolumen			Wachstum bis 2020 p.a.
	2007	2020	
Solarthermie [Mio. m ²] 2.	31	337	+20%
Photovoltaik [GWp] 1. 2.	3	65	+27%
Windkraft [GW] 1.	20	137	+16%
Brennstoffzellen [Mrd. Euro]	1	52	+39%

1. Neu installierte Kapazität, 2. Gigawatt-Peak – Leistung bei Testbedingungen

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland (München: Verlag Franz Vahlen, 2009)

9

Was ist dran?

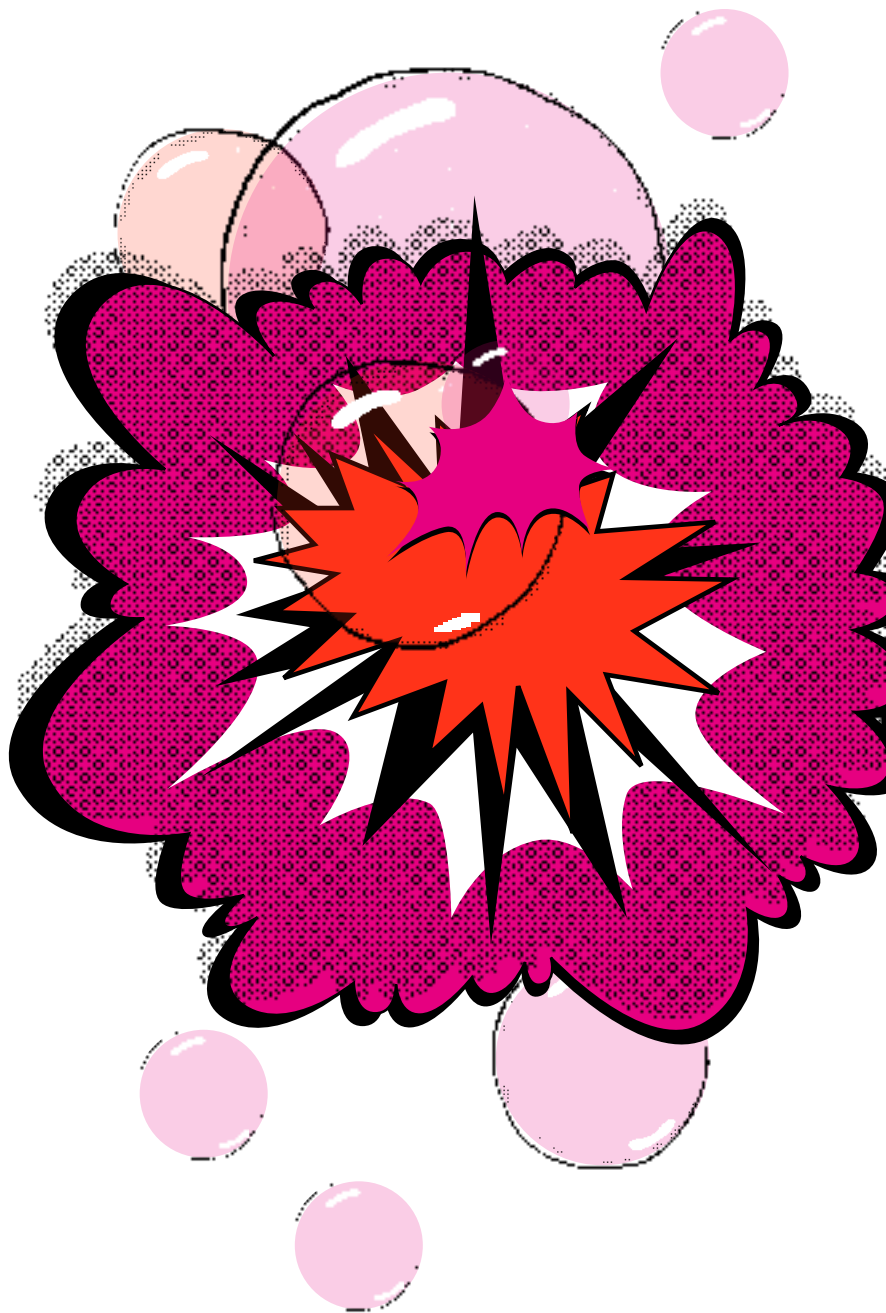
Die Bedeutung des bundesdeutschen und globalen Marktes für klima- und umweltfreundliche Güter und Dienstleistungen ist unbestritten und wird weiter zunehmen. Doch sind *erstens* derartige exakte Wachstumsprognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Schon in normalen Zeiten – also ohne Wirtschaftskrise, ohne labilen Bankensektor und ohne einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft – scheitern ÖkonomInnen oft daran, das Wirtschaftswachstum der kommenden sechs Monate korrekt vorherzusagen. Im Jahr vor der großen Krise wurde für 2008 noch ein Wachstum von 2,4 Prozent bzw. 2,2 Prozent prognostiziert; doppelt so hoch wie die tatsächlich eingetretenen 1,1 Prozent. Noch markanter sind die Fehlprognosen aus dem Frühjahr und Herbst 2008: Hier wurde noch für 2009 ein Wachstum von 1,4 Prozent bzw. 0,7 Prozent prognostiziert; tatsächlich waren es dann minus 5,1 Prozent. Prognosen über Jahr-

zehnte sind dementsprechend mit Vorsicht zu genießen. Sie drücken eher Tendenzen und Stimmungsbilder aus. Das erleben wir eindrucksvoll in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Die kapitalistische Wirtschaft ist nur begrenzt planbar.

Zweitens ist die Formel der «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie» erklärungsbedürftig. Sie geht nämlich von einem Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aus, der in der harmonischen Welt der *Green Economy* nicht mehr gelten soll. Dass dieser Gegensatz weiter besteht, belegen all die Schwierigkeiten, die Staaten beim ökologischen Umbau haben. Wenn schmutzige und billige Kohle als Energieträger immer wichtiger wird, wenn Unternehmen ihre umweltschädliche Produktion in andere Länder verlagern, wenn zur Produktion von Agrartreibstoffen («Biosprit») Regenwald abgeholzt wird, wenn Regierungen den Emissionshandel mit Verweis auf die Kosten für die heimischen Unternehmen ablehnen, so zeigt dies: Wirtschaftswachstum, hohe Unternehmensgewinne und eine gleichzeitig saubere Natur bleiben auch unter einem grünen Deckmantel in der Regel ein Gegensatz.

Drittens kann man nicht davon ausgehen, dass «grüne» Güter automatisch «sauber» produziert werden. Beispiel Elektroautos: Zu ihrer Produktion sind verschiedene Metalle – so genannte «Seltene Erden» – notwendig. Der Abbau dieser Seltenen Erden (die gar nicht so selten sind), derzeit vor allem in China, findet jedoch unter ökologisch und sozial katastrophalen Bedingungen statt: Umsiedlungen, oft großflächige Zerstörung der Natur, giftige Emissionen und die Beschäftigung billiger WanderarbeiterInnen.

Viertens bezieht sich die *Green Economy* positiv auf Wirtschaftswachstum. Worauf läuft das hinaus? Wirtschaftswachstum bedeutet eine Zunahme der in Geld gemessenen Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dabei verschwinden hinter dem Wachstums-Imperativ die Bedingungen, wie es hergestellt wird. Denn all die Waren werden durch Menschen produziert, die sich mit ihren Erwerbseinkommen mehr oder weniger vollständig reproduzieren,



also Miete bezahlen, ihre Lebensmittel kaufen, sich gegen Geld fortbewegen und anderes. Wer die Produkte unter welchen Bedingungen herstellt, spielt, wenn überhaupt, nur eine Nebenrolle. Die Hauptsache ist, dass mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt und verkauft werden, um Gewinne zu machen. Aus sozialen und ökologischen, aber auch aus ökonomischen Gründen jedoch sollten sich unsere Gesellschaften auf niedrigere Wachstumsraten einstellen.¹⁶ Mehr noch: Der Wachstumszwang und die damit verbundenen Interessen muss aufgehoben werden.

Fünftens: Bis es soweit ist, reicht es nicht aus, abstrakt auf «grünes Wachstum» zu setzen. Die entscheidende Frage ist vielmehr: Unter welchen Bedingungen findet dieses *grüne* Wachstum statt? Unter der Kontrolle der Energiekonzerne, die eher ein Interesse an Großprojekten wie Offshore-Windparks und monopolistischen Energienetzen haben? Oder in Form dezentraler Energieerzeugung unter demokratischer Kontrolle? Wer entscheidet, was recycelt werden kann und wie recycelt wird – und warum nicht Müllvermeidung an erster Stelle steht? Wer also kontrolliert die *Green Economy*, wessen Interessen dient sie? Was sind die in die Wirtschaft eingelassenen Wachstumszwänge?¹⁷

Sechstens: Der Anspruch, dass die «Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen» blendet aus, dass viele wichtige Funktionen der Natur gar nicht in Preisen ausgedrückt werden können. Und das ist auch besser so. Denn: Erhält die Zerstörung der Natur einen Preis, so unterbleibt ihre Zerstörung nur dann, wenn ihr Schutz billiger ist. Gemeingüter sollten daher nicht der Wert- und Preislogik unterworfen, sondern geschützt und nachhaltig genutzt werden – nicht nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Kalkulation, sondern

16 Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg; ausführlicher mit umfassenderen theoretischen Erklärungsansätzen in: Norbert Reuter (2000): Ökonomik der «Langen Frist». Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg. **17** Binswanger, Hans Christoph (2011): Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung. In: Held, Martin et al. (Hrsg.): Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit. Marburg, 183–200.

gemäß ökologisch-sozialer Kriterien.¹⁸ Die Vorschläge zu einer *Green Economy* laufen Gefahr, die kapitalistische Inwertsetzung der Natur zu vertiefen. Das wird aktuell im Bereich der Klimapolitik an dem neuen Zauberinstrument REDD für die Geldflüsse deutlich, wenn Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung verringert werden (REDD – Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) oder an dem internationalen Forschungsvorhaben «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (TEEB), das auf die Ökonomisierung der biologischen Vielfalt abzielt.

4.

«DIE GREEN ECONOMY SCHAFFT GUTE ARBEITSPLÄTZE»

Das Umschwenken hin zu einer grünen Ökonomie soll die Entstehung neuer Jobs nach sich ziehen. So könne die Erhöhung des EU-weiten CO₂-Reduktionsziels von 20 auf 30 Prozent sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in Europa schaffen, heißt es.¹⁹ Zu Beginn mag es zwar zu Beschäftigungsverlusten in nicht-nachhaltigen Sektoren kommen, doch die würden ab 2030 mindestens ausgeglichen werden.²⁰ Die neuen Jobs sollen zudem besonders attraktiv und gut bezahlt sein, denn: «Emissionsarme Wirtschaftsbranchen ... beschäftigen eher hoch qualifizierte Arbeitnehmer.»²¹

13

Was ist dran?

Tatsächlich sind bereits viele Menschen in den «grünen Sektoren» beschäftigt. Während in Deutschland im konven-

18 Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg. 2009): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München; Ostrom, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München. **19** Jaeger, Carlos C. et al. (2011): A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy Synthesis Report. European Climate Forum e.V., Potsdam. **20** UNEP (United Nations Environment Programme). (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. S. 505, auch S. 533 **21** ILO (International Labour Organization) (2011): Towards a Greener Economy: the Social Dimensions. S. 5

tionellen Energiesektor im Jahr 2009 über 230.000 Menschen arbeiteten, waren es im Bereich erneuerbare Energien im Jahr 2010 etwa 366.000 Menschen.²² Diese Zahl nimmt schnell zu. Umwelttechnologie schafft Arbeitsplätze in Deutschland. «Mehr als 1,8 Millionen Beschäftigte verdienen mittlerweile ihr Einkommen damit – mehr als je zuvor. Das geht aus dem ersten «Umweltwirtschaftsbericht» des Bundesumweltministeriums hervor. Demnach hängt jeder zwanzigste Job in Deutschland an Gütern und Dienstleistungen rund um die Umwelt.²³ Die Belegschaften in diesem Bereich wuchsen von 2005 bis 2007 um durchschnittlich 14 Prozent. Auch künftig sollen Raten von zehn Prozent und mehr erreicht werden. Doch was bedeuten solche Prognosen konkret?

Erstens gilt die Gleichung «Grüne Jobs = Gute Jobs» nicht. In den aufstrebenden Öko-Branchen sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig. Viele der oftmals mittelständischen Unternehmen haben keinen Tarifvertrag: Bei den Biogaserzeugern gilt nur in 14 Prozent der Betriebe ein Tarifvertrag, in der Solarbranche sind es 15 Prozent, in der Windkraftbranche hingegen bereits 53 Prozent²⁴. Unterdurchschnittliche Löhne sind verbreitet. Die IG-Metall stellt für die Windkraftbranche fest: «Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind aus der Sicht der befragten Betriebsräte nicht überdurchschnittlich attraktiv und in vielen Aspekten verbesserungsfähig. Hohe Leistungsanforderungen, begrenzte Einkommensperspektiven, notwendige aber oft fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten und die Zunahme von Leiharbeit prägen den Alltag.»²⁵ ArbeiterInnen kommen beispielsweise bei der Herstellung etwa von Rotorblättern mit hochgiftigen Werkstoffen wie Epoxidharz in Kontakt.

14

22 Von Forschung und Entwicklung über Exploration, Förderung und Verarbeitung bis hin zur Versorgung und Vermarktung von Energie; <http://www.thema-energie.de/energie-im-ueberblick/daten-fakten/marktzahlen/beschaeftigung-im-energiesektor.html> (Februar 2012) 23 Öko-Industrie: Umweltschutz schafft Jobs wie nie, Süddeutsche Zeitung, 16.01.2009 24 IG Metall Vorstand (2007): Windkraft-Industrie 2007 Aktuelle Branchentrends. Frankfurt am Main. Nicht besser sieht es im Einzelhandel aus: «Ich kenne keine Biokette, die nach Tarif bezahlt. Oder die einen Betriebsrat hat.» Janet Dumann, Verdi, zit. nach Tip 5/2012 25 Ebenda

Zweitens profitieren nicht alle ArbeitnehmerInnen von der Umstellung auf «grüne Technologien». Es findet tendenziell eine Verdrängung insbesondere auf Kosten von wenig qualifizierten und älteren ArbeitnehmerInnen statt. «Für die aktuell in der Autoindustrie oder in bestimmten Bereichen der Chemie- und Energiewirtschaft Beschäftigten bedeutet ein Strukturwandel hin zu «grünen Technologien» oder erneuerbaren Energien nicht, dass sie einfach von einer Branche in die andere wechseln werden, oder dass der Umbau des Automobilsektors auf E-Autos am selben Standort stattfindet, d. h. ohne Arbeitsplatzverluste und ohne Verlagerung der Produktion in andere Länder.»²⁶ Ohne entsprechende Begleitmaßnahmen wird der Umbau nicht gerecht sein. Deutlich wird hier: Entscheidend ist, wer die Bedingungen des Umbaus setzt.

Drittens wird bei dem Versprechen der grünen Jobs nicht thematisiert, wer eigentlich über die Investitionen und damit verbundene Arbeit entscheidet – es sind nämlich die Kapitalseite und die Unternehmensleitungen. Die Beschäftigten werden in Krisenzeiten, die derzeit etwa die Solarbranche erfasst hat²⁷, zum Spielball der Unternehmensleitungen. Hier unterscheidet sich die *Green Economy* nicht von der althergebrachten Wirtschaft.

Und **viertens** schließlich übersieht das Versprechen der green jobs, dass auf dem Weg in eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft nicht nur bestimmte Branchen und dort entsprechend die Beschäftigung wachsen müssen. Darüber hinaus muss die gesellschaftliche Arbeit – Erwerbsarbeit wie Nicht-Erwerbsarbeit – ganz grundlegend anders organisiert werden. Aktuell zu beobachten ist ein Trend zu schlechter bezahlten Werkverträgen ohne Sozialversicherungsleistungen, zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und zur Ersetzung von Fest-

²⁶ Candeias, Mario: Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: Mario Candeias et al. (Hrsg., 2011): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg, S. 260 **27** «Die deutsche Solarbranche sieht nach ihrem Horrorjahr 2011 kein Ende der Talfahrt. Der internationale Preiskampf und die Förderkürzungen in Deutschland blieben die Hauptprobleme der Branche. [...] Für deutsche Unternehmen ohne ausreichende Kapitalausstattung wird es schwer.» <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/solarworld-mit-verlust-goetterdaemmerung-in-der-solarbranche/6359602.html> (März 2012)

gehalt zu variablen Lohnbestandteilen. Dies dient dazu, die Lohnkosten der Unternehmen zu drücken und die Gewinne zu erhöhen. Gleichzeitig mindert die mit Flexibilisierung und Prekarisierung wachsende Unsicherheit die Menschen daran, sich mit Zukunftsfragen zu befassen. Menschen müssen sozial abgesichert sein und ihre Tätigkeiten sollten einen Sinn haben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auch die Herrschaftsverhältnisse, die in der Arbeitsteilung einer Gesellschaft angelegt sind, in Frage gestellt werden.

Dabei sind Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und zwischen Klassen, ethnische Linien sowie die Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft bedeutend. Die gesellschaftlich notwendigen und wünschenswerten Arbeiten – Erwerbsarbeit und andere Formen der Arbeit – sollten solidarisch und demokratisch organisiert und verrichtet werden.²⁸

«HÖHERE EFFIZIENZ FÜHRT ZU MEHR WACHSTUM MIT WENIGER RESSOURCENVERBRAUCH»

Bedingung und Folge für die *Green Economy*, so argumentieren ihre BefürworterInnen, ist eine starke Zunahme der Ressourceneffizienz. Durch verbesserte Technologien und Produktionsorganisation soll es zu einer «Effizienzrevolution» kommen: Für jeden Euro an Wirtschaftsleistung müssten immer weniger Rohstoffe verbraucht und immer weniger Schadstoffe abgegeben werden. «Entkopplung» des Wirtschaftswachstums bzw. der Wohlstandentwicklung vom Ressourcenverbrauch sowie der Übernutzung der Ökosysteme und Senken lautet die Zauberformel. «Eine 80prozentige Steigerung der Ressourcenproduktivität ist nicht nur vorstellbar, sondern auch möglich.»²⁹ So soll grenzenloses Wachstum doch noch machbar werden.

²⁸ Biesecker, Adelheid/Baier, Andrea (2011): Gutes Leben braucht andere Arbeit. In: Politische Ökologie 125, S. 54–63. ²⁹ von Weizsäcker, Ernst Ulrich/Hargroves, Karlson/Smith, Michael (2010): Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum, S. 235. München.

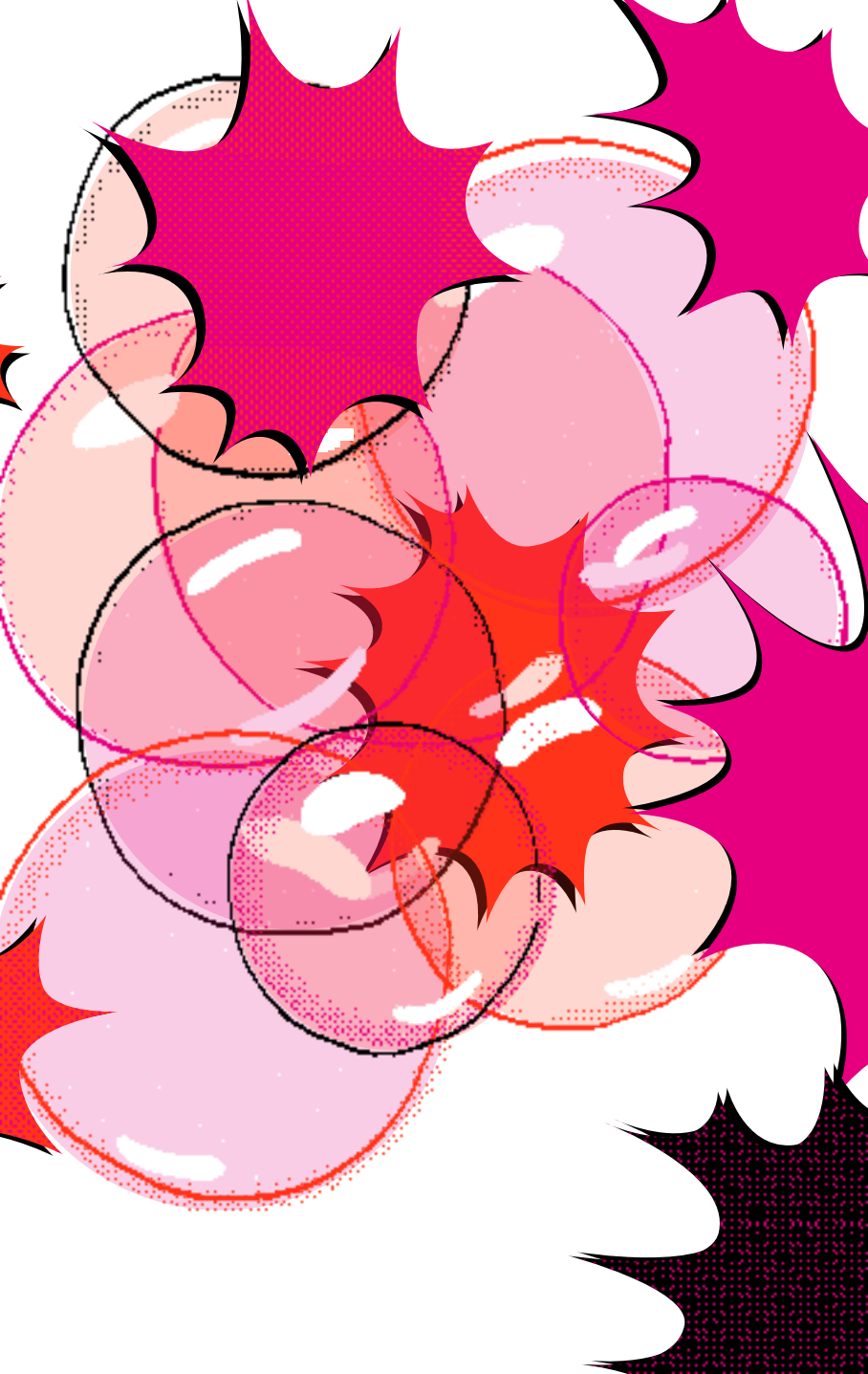
Was ist dran?

Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch – das klingt gut. Diese Entkopplung ist jedoch kein Selbstläufer, das zeigt das Beispiel Deutschland: Hier werden pro Einheit Bruttoinlandsprodukt zwar immer weniger Ressourcen benötigt. Auch sind die CO₂-Emissionen zwischen 1992 und 2008 stark gesunken. Grund hierfür war aber weniger die steigende Ressourceneffizienz, sondern die De-Industrialisierung Ostdeutschlands nach 1990 sowie die Verlagerung von energieintensiver Produktion ins Ausland.

Dass auch die Effizienzsteigerung nicht automatisch das Klima rettet, hat mehrere Ursachen:

Erstens wird für eine höhere Ressourcenproduktivität mit dem Argument geworben, sie spare den Anwendern der neuen Techniken Kosten z. B. für Rohstoffe. Es sei davon auszugehen, «dass Länder, die die Produktivität der knappen Ressourcen erhöhen, bedeutende Konkurrenzvorteile gegenüber denen erwerben, die diese Knappheiten ignorieren.»³⁰ Höhere Effizienz soll also die Gewinne erhöhen. Das kann in manchen Fällen schon so sein. Aber häufig jedoch nicht. Unter Umständen sind «schmutzige» Produktionsverfahren für ein Unternehmen rentabler. Läge der Umweltschutz über Effizienzsteigerung automatisch im Interesse der Unternehmen, warum müsste die Politik dann so eifrig für sie werben? In der *Green Economy* bleibt der Umweltschutz über eine Steigerung der Ressourcenproduktivität an das Gewinninteresse der Unternehmen gekoppelt. Lohnt sie sich nicht, unterbleibt sie. Der Umweltschutz bleibt daher immer hinter dem zurück, was technisch möglich und ökologisch notwendig wäre.

Zweitens wird damit geworben, eine höhere Effizienz schaffe Riesengewinne für jene Unternehmen, die Techniken zur Effizienzsteigerung verkaufen. Im globalen Rennen um die Herstellung energiesparender Technik sind insbesondere die deutschen Firmen vorne mit dabei: Das Bundesministerium



für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit stellt fest: «Der größte Einzelleitmarkt Energieeffizienz besitzt ein globales Volumen von knapp 540 Milliarden Euro. Bis 2020 wird nahezu eine Verdopplung auf circa 1.030 Milliarden Euro prognostiziert. Deutsche Firmen gehören insbesondere bei der Heiz- und Klimatechnik und der energieeffizienten Weißen Ware [d. h. Elektrogeräte; A.d.A.] zu den wichtigsten Produzenten weltweit; ihr Anteil am Weltmarkt liegt bei 10 Prozent beziehungsweise 15 Prozent.»³¹ Auch «das Wachstum des Leitmarktes Rohstoff- und Materialeffizienz wird vor allem durch die zunehmende Bedeutung der Biotechnologie getrieben. ... Der Weltmarktanteil deutscher Unternehmen ist im Bereich Biodiesel mit über 40 Prozent schon heute ausgesprochen hoch.»³² Das klingt beeindruckend. Doch gilt auch hier derselbe Einwand: So lange Umweltschutz nur eine Strategie zur Gewinnmaximierung ist, bleibt er den Launen der Märkte und den Kalkulationen der Unternehmen unterworfen.

Drittens geraten die Effizienz-Hoffnungen auch noch an anderer Stelle in Konflikt mit dem kapitalistischen Wachstumszwang. «Es ist schlichtweg ein Irrglaube, die Tendenz des Kapitalismus zur Effizienz würde das Klima stabilisieren oder uns vor Ressourcenknappheit schützen», so der britische Umweltökonom Tim Jackson³³. Zwar wurde die Produktion in der Geschichte tatsächlich immer effizienter. Gleichzeitig jedoch war das Wirtschaftswachstum noch stärker, so dass am Ende der gesamte Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastungen zunahmen. Dieser sogenannte Rebound-Effekt führt bislang in der Regel dazu, dass Effizienzgewinne durch verstärkten Konsum «aufgefressen» werden: So werden die ressourceneffizienter produzierten Autos billiger und daher werden oft größere gekauft. «Geländewagen beziehungsweise SUV sind weiter auf dem Vormarsch (+20,6 Prozent). Jede zehnte Neuzulassung fällt mittlerweile in dieses Segment. ... Die obere Mittelklasse machte ein Plus von 12,2 Prozent. Alle anderen Pkw-Segmente waren rückläufig.»³⁴

³¹ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg., 2009): GreenTech made in Germany 2.0 – Umweltechnologie-Atlas für Deutschland, München, S. 3. ³² Ebenda, S. 4. ³³ Zit. nach Berliner Zeitung 7.4.2011. ³⁴ <http://www.kba.de> (Feb 2011).

Eine Steigerung der Effizienz ist natürlich dennoch notwendig. Doch ist sie nur die halbe Miete. Bleiben wir beim Beispiel Auto: Für echten Umweltschutz wären hier weitergehende gesellschaftspolitische Entscheidungen nötig. Zum Beispiel ein grundlegender Umbau des Verkehrssystems. Stattdessen sehen wir weltweit einen Ausbau der Straßeninfrastruktur für Individual- und Güterverkehr und in vielen Ländern sogar einen Rückbau der Schiene. Das geht einher mit zunehmender Verkehrsintensität. Im Jahr 2010 wurde nach einem krisenbedingten Rückgang weltweit 58 Millionen PKW produziert; im Jahr 2000 waren es noch 41 Millionen.³⁵ Die Prognosen gehen davon aus, dass der globale Automobilbestand von heute gut einer Milliarde Autos sich bis 2030 auf 1,6 Milliarden erhöhen wird. Das ist katastrophal für die Umwelt – und lukrativ für den deutschen Wirtschaftsstandort. Denn in Deutschland ist «der Automobilbau die wichtigste oder (im Wechselspiel mit dem Maschinenbau) zweitwichtigste deutsche Industriebranche bei den Anlageneinvestitionen, bei den Ex-/Importen, bei den Direktinvestitionen, bei Wertschöpfung, Forschung und Entwicklung sowie bei der Beschäftigung.»³⁶

Die Frage stellt sich daher, wie Effizienzgewinne erreicht werden, die nicht nur zu einer *relativen* Entkopplung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch führen, sondern zu einer *absoluten* Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Dazu reichen die herkömmlichen politischen Instrumente, die den Wachstumszwang nicht bremsen, offensichtlich nicht aus. Die gerade von grünen Parteien erhofften Wirkungen einer «Entkopplung» sind «eher Wunschdenken als eine realistische Einschätzung der Lage», so Tim Jackson³⁷. Neben einer kritischen Hinterfragung von Effizienzperspektiven sollten zudem die vielen konkreten Möglichkeiten der Suffizienz gestärkt werden.³⁸

35 OICA – International Organization of Motor Vehicle Manufacturers (2011) Production Statistics 2010. <http://oica.net/category/production-statistics/> (Zugriff: Februar 2012) 36 Kaufmann, Stephan: Globale Ökonomie des Autos, in: Mario Candeias et al. (Hrsg., 2011): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg, S. 20 37 http://ec.europa.eu/environment/etap/inaction/interviews/725_de.html 38 Winterfeld, Uta von (2011): Vom Recht auf Suffizienz. In: Rätz, Werner et al. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg, S. 57–65.

«UMWELTSCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT BENÖTIGEN EINEN STARKEN STAAT»

Zum einen behauptet die verkündete «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie», Umweltschutz läge im Eigeninteresse der Unternehmen. Gleichzeitig ist vielen inzwischen klar: Die unternehmerische Kalkulation geht nach wie vor häufig zu Ungunsten der Natur aus. Oder: Auf die unternehmerische Kalkulation allein ist kein Verlass. Das Paradigma des Wirtschaftswachstums wird nicht hinterfragt und bleibt Basis der Wirtschaftspolitik der *Green Economy*. Um die ökologischen Folgen des Wachstums aber abzuschwächen, soll der Staat nun strenge Regeln setzen. Zudem soll der Staat Eigentumsrechte an der Natur schaffen oder sichern, damit die Unternehmen planen und kalkulieren können. Denn, so das eine Argument: Nur wenn Regeln für alle Unternehmen gelten, entstehen jenen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile, die ökologisch produzieren. Zum anderen werden die Unternehmen damit technologisch besser und sind konkurrenzfähiger. Prominent wird verlautbart: «Wir betonen, dass der Markt den zielstrebigem Übergang zu einer ressourceneffizienten und nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft nicht herbeiführen kann, dass es also kräftiger staatlicher Mitwirkung bedarf.»³⁹

21

In vielen Bereichen wird heute der einzelne Nationalstaat als unzureichend für effektive Umwelt- und Ressourcenschutzpolitiken angesehen. Es wird festgestellt, dass die globalen Gemeingüter – allen voran ein stabiles Klima – deshalb übernutzt werden, weil es zu viele Trittbrettfahrer gibt. Manche Staaten würden Vorteile aus der Nutzung der Gemeingüter ziehen, ohne für deren Schutz aufkommen zu müssen. Viele Probleme seien daher global und müssten entsprechend auch global bearbeitet werden, also durch internationale Kooperation. Verstärkte internationale Abkommen seien wichtig, um verbindliche Regeln festzulegen.

Was ist dran?

In der Tat sind staatliche Regelsetzungen (und finanzielle Ressourcen) wichtig, um Unternehmen und Beschäftigten, Forschungsinstitutionen, Verbänden und Öffentlichkeit sowie den VerbraucherInnen Orientierung, Planungssicherheit und gegebenenfalls konkrete Unterstützung zu gewährleisten. Internationale Abkommen, etwa im Bereich der Klimapolitik, verhindern nicht nur Trittbrettfahrerei, sie verstärken auch Lernprozesse: Andere Länder können sich an den innovativsten Vorreiterstaaten orientieren. Dennoch gibt es Nachfragen bzw. Einwände.

Zum «Starken Staat»: In den Vorschlägen für eine *Green Economy* wird oft übersehen, dass der Staat seine Regeln nicht aus einer neutralen Position heraus setzt. Im Staat zeigt sich, wie die Machtverhältnisse in einer Gesellschaft aufgestellt sind und an welchen Prinzipien sich orientiert wird. Deutlich sichtbar wird dies an den Subventionen von nicht-nachhaltigen Wirtschaftssektoren, die machtvoll gestützt werden. In der Krise war zu beobachten, dass Konjunkturprogramme nicht per se «grüne» Bereiche stärken, sondern eher strukturkonservativ wirken – Stichwort Abwrackprämie in Deutschland. Der Staat agierte hier nicht als Sachverwalter einer *Green Economy*, sondern im Sinne der Interessen von Unternehmen und Beschäftigten in starken Branchen. In liberalen Demokratien mit Parteienkonkurrenz ist Politik außerdem strukturell kurzfristig orientiert, nämlich an Wahlen. Das erschwert längerfristige Orientierungen.

Der stärkste Staat nützt nichts, wenn er seine Stärke nicht zum Wohle der Menschen und der Umwelt einsetzt, sondern allein auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zielt. Dies jedoch ist immer mehr der Fall: Wir erleben in den letzten Jahrzehnten eine Transformation von Wohlfahrtsstaaten zu «nationalen Wettbewerbsstaaten» (Joachim Hirsch), deren Hauptanliegen darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der «eigenen» Unternehmen in der globalen Konkurrenz der Standorte zu sichern. Das gilt auch für regionale Politiken wie etwa jene der Europäischen Union. Die hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2020 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu werden. Ange-

sichts zunehmender Ressourcenknappheit und -konkurrenz sichern Staaten – und regionale Zusammenschlüssen wie die EU – zunehmend die Verfügbarkeit von Ressourcen ab. Der globale «Krieg um Ressourcen» ist keineswegs gleichbedeutend mit einem schonenden Umgang mit Mensch und Natur.

Zu den internationalen Abkommen: Auch hier treten die Länder als nationale «Wettbewerbsstaaten» gegeneinander an, es gibt kaum Miteinander. Dementsprechend schwierig sind Einigungen zum Schutz der Umwelt. Insbesondere die internationale Klimapolitik droht daran zu scheitern, dass es international nur wenige Gemeinsamkeiten gibt. Die Südländer und insbesondere die Schwellenländer pochen darauf, dass ihre Emissionen zunehmen dürfen und die Erderwärmung vor allem von den Industrieländern erzeugt worden ist. Die Nord-Staaten üben ihrerseits Kritik an den «schmutzigen Industrien im Süden». Und alle stellen den Schutz der Umwelt unter den Vorbehalt, dass er nicht das Wirtschaftswachstum schädigen darf. Folge: Statt auf internationalen Konferenzen gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, findet dort ein Kampf um die Verteilung von Kosten und Erträgen des Klimaschutzes statt.

23

Fazit: Natürlich sind Staat und internationale Politik wichtig für den Weg zu einer solidarischen und nachhaltigen Produktions- und Lebensweise. Doch ist der Staat kein neutraler Akteur. Bislang stützt der deutsche Staat – bei allen sinnvollen Politiken im Einzelnen – vor allem die gar nicht nachhaltigen Rendite-Interessen der Unternehmen. Der junge Begriff der «Rohstoffdiplomatie» überdeckt die offen imperialen Ambitionen der deutschen und europäischen Politik. Damit sich Notwendigkeiten und Bedürfnissen wirklich an Mensch und Umwelt orientieren, müssen sich die Kräfteverhältnisse und Orientierungen in der Gesellschaft verändern.

«UNTERNEHMEN SIND DIE MOTOREN DER GREEN ECONOMY»

In der Modellwelt der neoklassischen Ökonomie und der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin gibt es in der «Wirtschaft» zwei Akteure: Unternehmen und KonsumentInnen (bzw. private Haushalte). Ihnen gibt der Staat Regeln vor, beispielsweise in Hinblick auf Wettbewerb oder Umwelt- und Sozialstandards. In dieser Welt sind die Unternehmen die eigentlichen Motoren gesellschaftlicher Innovation. So auch für die *Green Economy*. Unter dem Druck der Konkurrenz mit anderen Unternehmen und der Nachfrage nach bestimmten Produkten durch die KonsumentInnen, aber auch aufgrund politischer Rahmenbedingungen handeln sie mehr oder weniger nachhaltig.

24 Was ist dran?

Ohne Unternehmen gibt es in der kapitalistischen Marktwirtschaft keinen Umweltschutz und keine nachhaltige Naturnutzung, das ist klar. Es entstehen durchaus neue Unternehmen in Branchen wie Solar- und Windenergie. Die großen Energiekonzerne fördern die Forschung und die Entwicklung von ressourcenschonenderen Technologien und Produkten. Und in der Tat reagieren Unternehmen durchaus auf das veränderte Verhalten der KonsumentInnen. Jedoch spielen marktwirtschaftliche Unternehmen zunächst eine ganz entscheidende Rolle bei der nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise und verhindern dementsprechend auch Alternativen. Denn insbesondere die privaten Unternehmen müssen, bei Strafe ihres Untergangs in der kapitalistischen Konkurrenz und angesichts der Interessen der AnteilseignerInnen, Gewinne machen. Und das Diktat der Rentabilität erlaubt ihnen häufig keine teure, umweltschonende Produktion. Es sollte daher nicht zu viel von ihnen erwartet werden. British Petroleum (BP), der drittgrößte Ölkonzern der Welt, versucht sich seit über einem Jahrzehnt ein umweltbewusstes Image zu geben. An der Firmenpolitik wurde aber kaum etwas geändert. Für 45 Millionen Dollar verleihte sich BP 1999 die Fotovoltaikfirma Solarex ein

und feierte sich als «weltgrößtes Solarunternehmen». Die grüne Imagekampagne für das Projekt kostete mehr als das Vierfache. Insgesamt steckte das Unternehmen zwischen 2005 und 2009 in seine Sparte «Alternative Energien» rund 2,9 Milliarden Dollar. Diese Summe entspricht aber nur 4,2 Prozent der Gesamtinvestitionen jener Jahre. BP erzeugt damit an erneuerbaren Energien bislang pro Tag weniger als ein Zehntel eines Prozents seiner Öl- und Gasproduktion.⁴⁰ Zwischenzeitig stieg der Konzern in den besonders umweltschädlichen Ölsandabbau in Kanada ein und hat durch die Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko wohl die Glaubwürdigkeit seiner ökologischen Ambitionen vollkommen verloren.

Das nicht-nachhaltige Interesse der Unternehmen wirkt auf die Gesellschaft zurück und formt sie: Große Unternehmen und die Unternehmensverbände reagieren nicht einfach auf die Wünsche der KonsumentInnen, sondern gestalten diese aktiv. Produktentwicklung und Marketing wiederum finden unter dem Diktum der Rentabilität statt. Über neue Produkte wird nicht in einem wirtschaftsdemokratischen Prozess entschieden: weder die Beschäftigten, noch andere gesellschaftliche Gruppen entscheiden über Investitionen mit. Im Gegenteil wird dort wo es noch gesellschaftliche Mitbestimmung an der Produktion von Gütern und Lebensmitteln gibt, diese häufig durch Unternehmen zunichte gemacht. Die Fixierung auf Privatunternehmen ist auch eine groß angelegte Privatisierungsoffensive. Der Gentechnik-Konzern Monsanto beispielsweise versucht seit über 15 Jahren den Wettbewerb mit BäuerInnen auszulöschen, die eigenes Saatgut zurück behalten. Für Monsanto und andere Giganten der Saatgutindustrie sind die Zielmärkte genau solche Regionen im globalen Süden, wo bäuerliche Gemeinschaften ihr Saatgut selbst bereitstellen.⁴¹

Und schließlich reagieren die Unternehmen auch nicht einfach auf die vom Staat gesetzten Regeln, sondern verfügen aufgrund ihrer ökonomischen Macht über erheblichen

25

politischen Einfluss. Kurz: Unternehmen sind wichtig für den Umweltschutz und für eine nachhaltige Ressourcennutzung. Um sich aber nicht alleine am Gewinnprinzip des Managements und der EigentümerInnen, der Banken und der VermögensbesitzerInnen zu orientieren, bedarf es neben politisch gesetzten Regeln auch strenger gesellschaftlicher Kontrollen sowie ökologisch sensibler Belegschaften, die an grundlegenden Unternehmensentscheidungen beteiligt werden. Es bedarf auch bewusster VerbraucherInnen, die Wahlmöglichkeiten haben und einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in der die Probleme präsent sind, Unternehmen kritisiert und Alternativen diskutiert werden – also einer umfassenden «Produktionsöffentlichkeit».

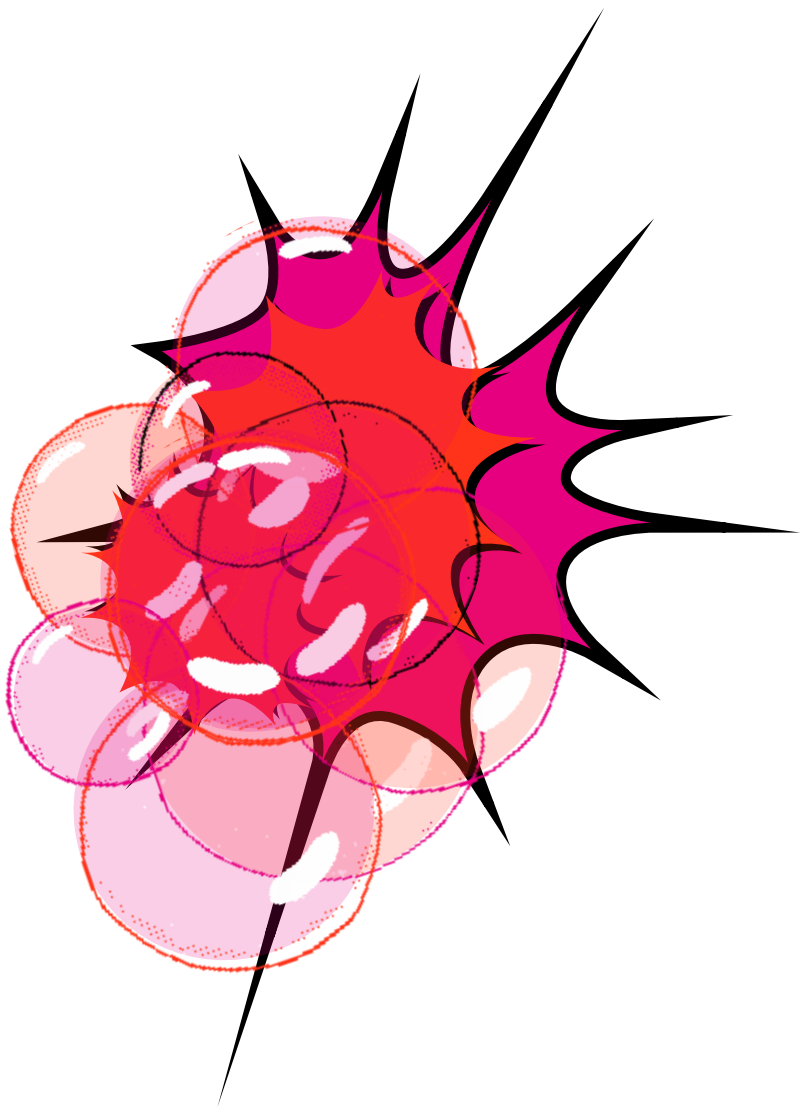
8.

«GRÜNES GELD FÖRDERT DIE GRÜNE WIRTSCHAFT»

26

In der *Green Economy*, so wird uns versprochen, wird Kapital aus den «schmutzigen» Sektoren in die «grünen» Bereiche gelenkt. Dafür sind gewaltige Investitionen im Bereich Energie und Infrastruktur, Entwicklung nachhaltiger Industriegüter und Landwirtschaft nötig. Das Geld dafür sollen Banken und Investmentfonds bereitstellen – über Kredite oder über eigene Projekte. Neben den sinnvollen Investitionen in Erneuerbare Energien und Gebäudesanierung sollen sie Land kaufen für den Anbau von Pflanzen wie Ölpalmen, Zuckerrohr, Soja oder Mais für Agrartreibstoffe, sie sollen das Megaprojekt Desertec (Schätzungen belaufen sich auf ein Investitionsvolumen von 400 Milliarden Euro)⁴², Wasserkraftwerke, Staudämme oder Hochspannungstrassen durch Europa usw. finanzieren.

⁴² <http://www.wiwo.de/unternehmen/energie/erneuerbare-energie-desertec-holt-die-sonne-aus-tunesien/6106178.html> (März 2012)



Was ist dran?

In der Tat scheint Investitionskapital zunehmend in neue Bereiche zu gehen.⁴³ Diese Entwicklung muss jedoch in einen breiteren Kontext gestellt werden: die Finanzialisierung der Wirtschaft, die seit den 1980er Jahren zunimmt. Der Begriff der Finanzialisierung bezeichnet nicht nur die Zunahme der Spekulation, sondern allgemeiner «die wachsende Rolle finanzieller Motive, der Finanzmärkte, der Finanzakteure und -institutionen»⁴⁴ in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Das Anlage suchende Finanzkapital ist im Zuge der Deregulierung des Finanzsektors stark gewachsen. Neue «Finanzprodukte» wurden eingeführt, die Altersvorsorge (teil-)privatisiert. Die gestiegenen Gewinne vieler Unternehmen, die gewachsenen privaten Vermögen und die riesigen Außenhandelsüberschüsse der Schwellenländer – all diese Summen suchen nach rentabler Anlage. Die Finanzialisierung findet auch in den Bereichen Ressourcen und Ökologie statt. Kapital wird vermehrt in Rohstoff- und Energieunternehmen sowie an Warenterminbörsen angelegt, und zwar auch von konservativ geltenden Investoren wie Pensionsfonds, Lebensversicherungen und Stiftungen.⁴⁵ «Zwischen 2003 und 2008 beispielsweise steigerten die institutionellen Kapitalanleger ihre Investitionen in die Rohstoffmärkte von 13 Milliarden EUR im Jahr 2003 auf 170–205 Milliarden EUR im Jahr 2008.»⁴⁶ Auch der Emissionshandel ist eine Anlagensphäre. Die Weltbank schätzte den absoluten Wert des globalen Kohlenstoffmarkts im Jahr 2011 auf 142 Milliarden US-Dollar.⁴⁷

Nicht nur die Ökonomie der «alten» Ressourcen, sondern auch die *Green Economy* scheint also ein gutes Geschäft für Investmentkapital zu sein. Die damit einhergehende Macht des Finanzkapitals wird in Zukunft verstärkt die Frage aufwerfen, ob die Politik die Wirtschaft steuert oder die Märkte sich eher der Politik bedienen, um eigene Interessen

43 Zeller, Christian (2010): Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals. In: Falko Schmieder (Hrsg.): Zur Kritik der politischen Ökologie. Bern/Berlin. S. 103 ff. **44** Epstein, G. (Hrsg., 2005): *Financialization and the World Economy*, London, S. 3. **45** Schneeweiß, Antje (2011): *Spekulation im Schatten. Nachhaltigkeit und Investitionen in Rohstoffe*. Siegburg: Südwind.

46 EU Commission (2011): *Sustainable Industry: Going for Growth & Resource Efficiency*, Brussels: EU Commission, DG Enterprise and Industry, S. 3. **47** <http://web.worldbank.org>

durchzusetzen. Zudem werden durch den mächtigen Trend der Finanzialisierung der Natur Alternativen an den Rand gedrängt: Wenn Kapital in den Kauf von Land fließt, um Pflanzen für «saubere» Agrartreibstoffe anzubauen, dann haben es KleinbäuerInnen schwer, sich dagegen zu behaupten. Die Strategien der *Green Economy* müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass nach Verwertungsmöglichkeiten suchendes Kapital ökonomische und gesellschaftliche Macht ausübt. Es strebt in den meisten Fällen nach hoher Rendite und nicht danach, die enormen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu bearbeiten.

9.

«DEUTSCHLAND KANN SEINE STELLUNG ALS WELTMARKTFÜHRER BEI GRÜNEN TECHNOLOGIEN AUSBAUEN»

29

Das Bundesumweltministerium stellt fest, dass deutsche Unternehmen der Umwelttechnik derzeit Weltmarktanteile zwischen sechs und 30 Prozent innehaben und dass diese sogar eher noch ausgebaut werden. «Weltweit konnten 2007 im Leitmarkt Umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung circa 155 Milliarden Euro Umsatz erzielt werden und somit knapp 40 Prozent mehr als noch 2006 prognostiziert. Bis 2020 wird der Markt auf rund 615 Milliarden Euro wachsen. Deutsche Unternehmen haben hervorragende Voraussetzungen, um von diesen großen Marktpotenzialen bis 2020 zu profitieren.»⁴⁸

Was ist dran?

Nicht nur für ein Land wie Deutschland mit seiner starken Industrie ist die Entwicklung von Umwelttechnologien wichtig und wünschenswert. Die Idee der *Green Economy* besteht darin, das Prinzip der Weltmarkt- und Innovationskonkurrenz zu begrünen und durch staatliche Politiken zu unterstützen.

⁴⁸ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg., 2009): GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, München, S. 3.

Allerdings müsste **erstens** genauer gefragt werden: Welche Produkte werden hier eigentlich gefeiert? Gelten Elektromotoren als Bestandteile der *Green Economy*, obwohl sie das Prinzip der Auto-Mobilität nicht infrage stellen?

Zweitens sehen wir derzeit in einem zentralen Bereich des Energiesektors, der Solarbranche, dass trotz deutscher High-Tech-Industrien die Produktion von Solarenergiemodulen zunehmend in China stattfindet. Denn dort ist die Produktion günstiger. Es geht also offenbar nicht nur um Technologien, sondern auch um Lohnhöhe und Verfügbarkeit von Ressourcen. Dass China Deutschland hier den Rang ablauft, gilt als Niederlage Deutschlands. Im Sinne des Klimaschutzes wiederum wäre es egal, aus welchem Land die Solarmodule kommen. Der deutschen Politik geht es also offensichtlich weniger um den Klimaschutz als um deutsche Exporterfolge.

30

Drittens sollte beim Lob der Wettbewerbsfähigkeit nicht vergessen werden, dass Wettbewerb nicht nur Innovationen produziert, sondern auch VerliererInnen. Viele Gesellschaften und Menschen in weniger innovationsstarken Ländern werden in den Status von Ressourcen-Zulieferern für die GreenTech-Industrie von Ländern wie Deutschland gedrängt. Sie bleiben arm und verharren in halbkolonialem Status. Das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften, das sehen wir aktuell in Europa, führt zu Krisen und zur Entwertung produktiver Strukturen, zu Arbeitslosigkeit und Armut. Hinter der Rede von der «technologischen Führerschaft» steht das Streben nach globaler Dominanz. Der Umweltschutz soll in den Dienst der deutschen bzw. europäischen Führungsrolle gestellt werden – nicht umgekehrt.

Viertens: So wichtig die Entwicklung neuer Technologien ist, so sehr bleiben sie unter Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz zentraler Bestandteil der Konkurrenzfähigkeit. Das kann ihre kooperative Weitergabe behindern. Für den Umweltschutz wäre es am besten, alle Länder verfügten über die jeweils sauberste Technologie. Doch die Technologie, ihr Preis und möglicherweise das Monopol darüber, sind selbst Teil des globalen Wettbewerbs und sie sollen profitabel

eingesetzt werden. Die ökonomisch Mächtigen und ihre politischen VertreterInnen bevorzugen tendenziell große und kapitalintensive Technologien, die sie kontrollieren können. Behindert werden vielfach sanfte und lokal angepasste Technologien und nicht-technologische Orientierungen wie jene an Suffizienz, an denen deutsche Exporteure kaum verdienen können.

Fünftens sind zur Produktion von Hochtechnologien bestimmte Rohstoffe notwendig. Dies verschärft die geökonomische und geopolitische Konkurrenz um Ressourcen, was wiederum zu Konflikten führen kann. Das jüngste Rohstoffabkommen Deutschlands mit Kasachstan zeigt dabei, dass deutsche Technologieführerschaft auch durch Kooperation mit autoritären Regierungen befördert wird.

10.

31

«VERBRAUCHERINNE NMACHT ZWINGT UNTERNEHMEN ZUM UMWELTSCHUTZ»

In vielen Beiträgen zur *Green Economy* wird darauf hingewiesen, dass es in der Gesellschaft längst einen Wertewandel hin zu ökologischen Produkten und Lebensweisen gebe. Daran soll angeknüpft werden. «Fast ganz untergegangen ist die uralte kulturelle Einsicht in die Möglichkeit von viel Glück mit wenig Verbrauch von Waren.»⁴⁹ Auch der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sieht in den sich herausbildenden «postmateriellen Werten»⁵⁰ eine wichtige Grundlage des Umschwenkens zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Und schließlich sollen die VerbraucherInnen die Unternehmen mit der Macht ihrer Kaufentscheidungen zur Produktion «sauberer» Produkte zwingen. Stichwort «KonsumentInnen-souveränität».

⁴⁹ von Weizsäcker, Ernst Ulrich/Hargroves, Karlson/Smith, Michael (2010): Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum, S. 355. München. ⁵⁰ WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. S. 100.

Was ist dran?

Individuelles Handeln, Verantwortung und damit verbundene Lernprozesse sind wichtig. Das betrifft auch die Entscheidungen darüber, was konsumiert wird. Braucht es immer das neueste Mobiltelefon? Wie häufig sind Flugreisen notwendig? usw. Aber:

Erstens. Bevor die Macht der VerbraucherInnen gefeiert wird, bleibt festzuhalten: In der kapitalistischen Ökonomie bestimmen die Unternehmen über Forschung und Entwicklung, über Produkte und Produktionsverfahren. Unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen etwa ein Mobiltelefon produziert wird und aus welchen Bestandteilen es montiert wird, unterliegt den Entscheidungen der Unternehmen.

Das den VerbraucherInnen vorliegende Gut ist **zweitens** oft das Ergebnis einer langen Produktionskette mit vielen Zulieferfirmen, die sich um den ganzen Globus spannt. Wie nachhaltig hier produziert wird, ist oft nicht zu überblicken und es gibt hierüber in der Regel keine oder wenig Informationen⁵¹. Eingeschränkt wird die VerbraucherInnenmacht auch dadurch, dass die Unternehmen bestrebt sind, ihren Produkten einen «grünen» Anstrich zu geben – dass dies häufig unwahr ist, belegen die vielen Lebensmittel- und sonstigen Skandale.

Drittens wird verantwortungsvoller Konsum oft gleichgesetzt mit Verzicht. Warum? Häufig einfach deshalb, weil nachhaltig produzierte Güter teurer sind und die Finanzen der KonsumentInnen überfordern. Die Macht der VerbraucherInnen wird also weitgehend vom Inhalt ihres Geldbeutels bestimmt. Wer mehr Geld hat, kann ökologisch produzierte Produkte kaufen. Arme Menschen müssen verzichten – es sei denn, sie erhalten mehr Lohn. Aber auch dies soll nicht geschehen, um die «Wettbewerbsfähigkeit» des Wirtschaftsstandorts nicht zu gefährden.

Viertens können die VerbraucherInnen nicht immer wählen. Wenn die lokale Bahnverbindung gekappt wird, dann muss meist aufs Auto umgestiegen werden; wenn der Arbeitsalltag sich verdichtet, dann bleibt weniger Zeit, um sich Essen zuzubereiten; wenn die industriell produzierten und aufwändig verpackten Lebensmittel billiger sind, dann haben Teile der Bevölkerung deutlich weniger Auswahl als andere.

Eine sozial-ökologische Transformation bedeutet eine andere Verteilung, andere Produktions- und Lebensweisen nicht zuletzt auch andere Mittel zum Leben, die konsumiert werden. Das ist aber viel mehr als das Hochjubeln der VerbraucherInnen zum selbstbestimmten «König Kunde».

11.

«DIE GREEN ECONOMY BIETET DEM SÜDEN ENTWICKLUNGSCHANCEN»

33

Eine *Green Economy* ist dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zufolge nicht nur ein Mittel gegen Klimawandel und Energieunsicherheit, sondern weist Ländern des Globalen Südens auch den Weg aus der Armut. Denn sie reduziert den Ausstoß von CO₂, fördert Ressourcen- und Energieeffizienz und verringert Umweltzerstörung. Wenn Wirtschaftswachstum und Investitionen weniger abhängig davon sind, dass sie Umweltgüter zerstören und Umweltqualität opfern, dann können reiche und arme Länder zugleich mehr nachhaltige Entwicklung erzielen.⁵² So zumindest die Hoffnung.

⁵¹ Das gilt schon bei einfachsten Produkten: «Auch die Frage, wie ökologisch das am Ende wirklich ist, lässt sich immer schwerer beantworten. Denn ein Neuseelandapfel, der per Containerschiff ins Berliner Bioregal gelangt, muss nicht unbedingt eine schlechtere Ökobilanz aufweisen als der Jonagold aus Brandenburg, der ebenfalls im Winter verkauft wird.» Aus: TIP 5/2012 «Wie fair ist Bio wirklich?» ⁵² UNEP (United Nations Environment Programme). (2011) Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. S. 16

Was ist dran?

Selbst UNEP ahnt, dass es so einfach nicht ist.⁵³ **Erstens:** Tatsächlich hat der Aufschwung in vielen Ländern des Südens Millionen Menschen aus der Armut befreit. Doch basiert auch das beeindruckende Wirtschaftswachstum des Südens auf nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen, nämlich auf einer nachholenden Industrialisierung. Länder wie China erzielen ihre enormen Wachstumsraten ja gerade dadurch, dass sie in der Weltmarktkonkurrenz zu geringen Löhnen und häufig unter ökologisch schlechten Bedingungen produzieren – das betrifft auch die Produktion von Solarpanelen für die *Green Economy*.⁵⁴

Zweitens: Seit den Strukturanpassungen der 1980er Jahre sind viele afrikanische und lateinamerikanische Länder auf den Status von Rohstofflieferanten des Nordens verwiesen (sog. Extraktivismus). Das ändern sich auch in der *Green Economy* nicht, die ebenfalls Ressourcen benötigt – zum Beispiel «nachhaltige» Agrartreibstoffe aus Mais, Soja oder Palmöl. Zudem ermöglicht der Extraktivismus, der zuvorderst in Ländern des globalen Südens stattfindet, im «globalen Norden» die Fortführung einer nicht-nachhaltigen Lebensweise.

Drittens führt die Rohstoff-Produktion für die *Green Economy* historisch und aktuell in einigen Weltregionen zu schweren Konflikten – so werden in Ländern wie der Volksrepublik Kongo viele Rohstoffe wie z. B. Coltan, das für die Elektronik in Mobiltelefonen und Laptops gebraucht wird, illegal abgebaut und dienen zudem der Finanzierung blutiger Kriege.

34

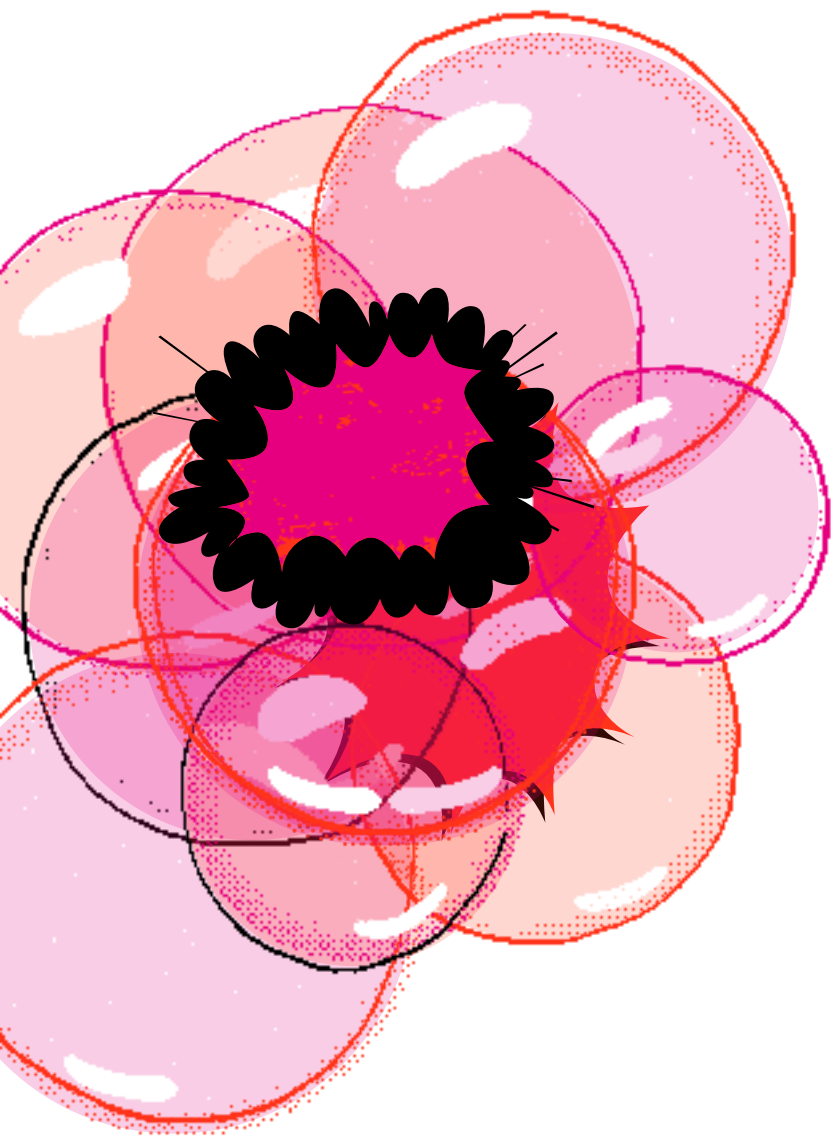
53 Ebenda 54 Blume, Jutta/Greger, Nika/Pomrehn, Wolfgang (2011): Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die «grüne» Wirtschaft: Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft, Berlin.

Viertens: Von der Rohstoffförderung profitieren in den Förderstaaten vor allem die schmalen Mittel- und Oberschichten. Die lokale Bevölkerung dagegen hat meist wenig von der Ausbeutung der Ressourcen, muss aber in der Regel die negativen ökologischen Konsequenzen maßgeblich tragen. Folge: Trotz aller Errungenschaften in den Schwellenländern in den Bereichen Gesundheit und Bildung nimmt laut einem aktuellen Report über menschliche Entwicklung die soziale Ungleichheit global zu. Und wachsende soziale Ungleichheit fördert nicht-ökologisches Handeln.⁵⁵ Es ist zu sehen: Die Produktion von mehr Rohstoffen für «grüne» Branchen befreit den globalen Süden nicht automatisch aus seiner Misere. VertreterInnen von Süd-Ländern warnen davor, dass die Strategien der *Green Economy* hinter den Anspruch von Rio 1992 zurückfallen – nämlich Entwicklungsfragen als Verknüpfung ökonomischer, sozialer und ökologischer Perspektiven zu sehen. Es bestehe die Gefahr, dass bei den *Green Economy*-Vorschlägen Verteilungsfragen außen vor bleiben. Nordländer können zudem mit Verweis auf Umweltstandards Handelsschranken gegen den Süden rechtfertigen und gleichzeitig in den Südländern die Öffnung der Märkte für «saubere Technologien» erzwingen. Und schließlich lässt die hohe staatliche Unterstützung für Forschung und Entwicklung in den Nordländern die technologische Kluft zwischen Nord und Süd weiter wachsen.⁵⁶

35

Die schwächeren Regionen und Länder aus ihrer Abhängigkeit befreien und alternative Produktionsweisen stärken – das liefert die *Green Economy* nicht frei Haus. Dies funktioniert nur über eine stärkere demokratische Gestaltung des Weltmarktes und der Weltpolitik.

55 UNDP 2011: HDR, S. 28 56 Khor, Martin (2011): Risks and uses of the green economy concept in the context of sustainable development, poverty and equity. Genf. Kritik von Unmüßig, Barbara (2012): Grüne Ökonomie – neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20-Konferenz. In: Vereinte Nationen, Heft 1.



«GREEN ECONOMY BEKÄMPFT ARMUT»

In der UNO-offiziellen Version wird stets von einer *Green Economy* «im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung» gesprochen. «Umweltzerstörung und Armut können durch die Anwendung grüner Landwirtschaftsmethoden gleichzeitig angegangen werden.»⁵⁷ Bedeutsam sind nachhaltige Forstwirtschaft und ökologische Landwirtschaft insbesondere für die Subsistenzlandwirtschaft, von der der Lebensunterhalt von 1,3 Billionen Menschen abhängt.⁵⁸

Was ist dran?

Auch hier gibt es ein großes Problem. Denn die Gründe für Armut bestehen auch in der *Green Economy* weiter: ungleicher Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsdienstleistungen, ungleiche Einkommensmöglichkeiten und ungleicher Zugang zu Krediten. Es fehlen Investitionen in die Landwirtschaft, um die Produktivität zu erhöhen, die BäuerInnen zu ernähren und ihnen angemessene Preise für ihre Produkte zu bezahlen. All dies sind die Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in vielen Ländern und auf internationaler Ebene.⁵⁹

Die Erfahrungen mit «nachhaltiger Entwicklung» sind nicht allerorten positiv. Nicht nur, dass Klimawandel, Artensterben, Abholzung und Wüstenbildung fortschreiten. Die vielen gutgemeinten Ansätze führten aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse oft zur Zunahme von Armut. So gibt es durchaus Fälle, in denen indigene Völker von ihrem Land vertrieben wurden (vorgeblich wegen ihrer als nicht-nachhaltig bezeichneten Wirtschaftsweise). Es werden Naturschutzgebiete installiert, in denen gar nicht mehr in natürliche Prozesse eingegriffen werden soll – und

57 UNEP (United Nations Environment Programme). 2011a. Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. S. 36. 58 Ebenda 59 Lander, Edgardo (2011): El lobo se viste con piel de cordero. América Latina en movimiento 468–469. Special issue «El cuento de la economía verde»: 1–6.

in einigen dieser Gebiete müssen dementsprechend die Menschen ihr Land verlassen (anstatt dort bspw. nachhaltig zu wirtschaften). Vertrieben werden Menschen auch, weil sich Unternehmen Zugang zu natürlichen Ressourcen verschaffen wollen.

Ob «grün» oder nicht – die entscheidende Frage bleibt, ob die Ursachen von Armut und Ungleichheit angegangen und ob die wirtschaftlichen und politischen Strukturen entsprechend verändert werden. Noch dominiert eine Entwicklung, die eher zu einer Machtkonzentration seitens der Unternehmen im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich führt. Wir erleben unter dem Label von grüner Technologie die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut. Menschen werden enteignet und ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt. KleinbäuerInnen verlieren ihr Land und sinken herab zu TagelöhnerInnen auf großflächigen Plantagen, auf denen Pflanzen für Agrartreibstoffe angebaut werden.⁶⁰

38

Die Reduktion von Armut ist also eine Frage der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Gleichzeitig scheinen es die mächtigen politischen und ökonomischen Instanzen mit der Armutsreduktion nicht so ernst zu nehmen. So formuliert die Bundesregierung in ihrer Rohstoffstrategie zwar, dass es ihr auch um gerechte Entwicklungschancen der Extraktionsländer geht. Dominierendes Motiv dieser Strategie ist aber die Sicherung der Rohstoffbasis der deutschen und europäischen Wirtschaft. Das belegt die jüngste Kooperation mit Kasachstan: 50 Verträge mit einem Gesamtvolumen von 4,5 Milliarden Euro wurden beim jüngsten Staatsbesuch von Kanzlerin Merkel abgeschlossen. «Für die Versorgung von Rohstoffen ist Kasachstan für Deutschland ein idealer Partner. In dem zentralasiatischen Land sind nahezu alle relevanten Industriemetalle zu finden.»⁶¹ Armutsbekämpfung und Menschenrechte stehen für die autoritäre Regierung in der Liste politischer Prioritäten jedoch weit unten. Im

60 IAASTD – International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (2009): Global Report. Washington, D.C.: Island Press. 61 <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34457/1.html> (Feb 2012)

Dezember 2011 wurde in der westkasachischen Stadt Schanaosen (Schangaösen) ein Protest der Ölarbeiter gegen nicht ausgezahlte Löhne von Polizei und Militär niedergeschlagen. Es starben mindestens 16 Menschen.⁶²

FAZIT

Angesichts der falschen Versprechen der Green Economy: Eine sozial-ökologische Transformation ist nötig (und möglich)!

Die *Green Economy* soll allgemeine Harmonie stiften. Ökonomie und Ökologie werden versöhnt: Die Natur wird geschützt und die Armut reduziert, das Wirtschaftswachstum wird gestärkt und mit ihm das Entstehen guter Arbeitsplätze. Die fortschreitende Naturzerstörung wie auch zunehmende Konflikte und soziale Ungleichheit zeigen jedoch: So bruchlos funktioniert das nicht. Und zwar vor allem, weil der kapitalistische Wachstumszwang und die Dominanz des Profit-Prinzips den hehren Zielen immer wieder einen Strich durch die Rechnung machen. Die *Green Economy* – so wie sie derzeit praktisch gefördert wird – versöhnt die Unternehmen nicht mit dem Klima und Oben nicht mit Unten.

Die *Green Economy* ist also kein Win-Win-Win-Spiel, sondern trägt jede Menge Konflikte in sich; sie schließt heute schon Menschen aus, auch sie basiert auf Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Entsprechend geht es darum, die konkreten Formen einer *Green Economy* genau zu betrachten und auch die sie antreibenden Kräfte und Interessen. Hierbei wird deutlich: Das derzeit dominante Interesse ist der Ausbau kapitalistischer Marktstrukturen und auch hier geht es um mehr Wachstum.

⁶² <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesregierung-schliesst-abkommen-mit-kasachstan-merkel-hebt-den-schatz-aus-der-steppe-1.1278456> (Feb 2012)

Im Kapitalismus wird durchaus auf Probleme wie Umweltzerstörung reagiert. Aber weitgehend unter Kontrolle und gemäß den Bedürfnissen der Unternehmen und der Vermögenden. Daher sind eine grundlegend andere Energiebasis und höhere Effizienz von Produktion und Produkten zwar durchaus denkbar – wenn es etwas zu verdienen gibt, dann stehen Investoren nicht abseits. Ob dieser Mechanismus allein jedoch zu grundlegenden Veränderungen führt, muss bezweifelt werden.

Abstrakte Verzichtsappelle an die Menschen werden wenig bringen. Stattdessen müssen grundlegendere Fragen gestellt werden: Wie sehen nachhaltige Städte aus? Nach welchen Kriterien werden Nahrungsmittel produziert und verteilt? Wie wollen wir leben?

Die Frage der *Green Economy* darf nicht auf CO₂-Konzentrationen, Solarstrom-Zuschüsse und Großtechnologien reduziert werden. Es geht um mehr. Es geht darum, wie die konkreten Verhältnisse der Menschen und der Gesellschaft zur Natur heute gestaltet werden. Heute passiert das noch allzu oft auf unsoziale, unsolidarische und naturzerstörerische Art und Weise. Soll sich das grundlegend ändern, müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu einer solidarischen und wirklich nachhaltigen Produktions- und Lebensweise verändert werden.⁶³

Eine solche wird nur möglich sein, wenn es sozial abgesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, dabei gesellschaftlich sinnvolle Produkte hergestellt werden und Erwerbsarbeit nicht der einzige Lebensinhalt («Leben, um zu arbeiten») – Erwerbsarbeit muss nicht nur Einkommen sichernd, sondern auch sinnstiftend sein. Die Debatte um ein «Gutes Leben», wie sie derzeit so produktiv in Lateinamerika geführt wird, bietet hier Anregungen.⁶⁴ Es gibt also viel zu tun. Nur wenn kapitalistischer Wachstumszwang und Profitlogik ihre

⁶³ Vgl. viele Ansätze in Brand, Ulrich et al. (Hrsg., 2012): ABC der Alternativen 2.0 Hamburg.

⁶⁴ Fatheuer, Thomas (2011): Buen vivir – Recht auf gutes Leben. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Sowie: Gudynas, Eduardo (2012): Buen Vivir – Das Gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung. Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.

Dominanz verlieren, ist der Weg frei hin zu einer Welt, in der die Menschen ihre eigenen Lebensverhältnisse und ihr Verhältnis zur Natur nach demokratischen, solidarischen und wirklich nachhaltigen Maßstäben gestalten.

ZUM WEITERLESEN

Texte, die eine Green Economy propagieren:

- BMZ (2011): Ökologisches Wirtschaften. Green Economy, BMZ Informationsbroschüre 2/2011.
- Heinrich-Böll-Stiftung 2009: Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen http://www.boell.de/downloads/oekologie/green_new_deal_oeko_band3.pdf
- EU Commission (2010): Europe 2020 – A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010)2020. <http://www.eurunion.org/eufacts> (Feb 2011)
- EU Commission (2011): Sustainable Industry: Going for Growth & Resource Efficiency, Brussels: EU Commission, DG Enterprise and Industry.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf (Feb 2011)
- nef – the new economics foundation (2009): The Great Transition. A tale of how it turned out right. <http://www.neweconomics.org/publications/great-transition> (Feb 2011)
- UNEP – United Nations Environment Programme (2009): A Global Green New Deal. Policy Brief. http://www.unep.org/pdf/A_Global_Green_New_Deal_Policy_Brief.pdf (Feb 2012)
- UNEP (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf (Feb 2012)
- OECD (2011): Towards Green Growth. <http://www.oecd.org/dataoecd/37/34/48224539.pdf> (Feb 2012)

Texte, die sich kritisch mit der Green Economy auseinandersetzen oder Alternativen anstoßen wollen:

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.
- Alt, Jörg/Drempetic, Samuel (Hrsg., 2012): [B1] Wohlstand anders denken. Würzburg.
- Altvater, Elmar (2011): Mit einem grünen New Deal aus dem Wachstumsdilemma? In: Widerspruch 60.
- Brand, Ulrich (2012): *Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development*. In: GAIA 21(1).
- Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hrsg., 2012): ABC der Alternativen 2.0. Hamburg.
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim/Wolf, Frieder Otto (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, rls Manuskripte 99, Berlin.
- 42 – Brunnengräber A./Haas, T. 2011. *Green Economy – Green New Deal – Green Growth: Occupy Rio plus 20*. In: W&E-Hintergrund, November; www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus (2012): Nach dem Scheitern der *Green Economy*. Thesen zur Kritik an der Grünen Ökonomie und zu Alternativen zur ökologischen Modernisierung des Krisen-Kapitalismus. Positionspapier des Arbeitsschwerpunktes Gesellschaftliche Naturverhältnisse; www.buko.info
- Deutscher Frauenrat (Hrsg., 2011): *Green Economy. Gerechtigkeit oder Begrünung des Kapitalismus?*, Heft 5.
- Deutscher Naturschutzring (Hrsg., 2012): Die Grenzen des Wachstums. Die große Transformation. Ein Reader. Berlin.
- Evangelischer Entwicklungsdienst/Brot für die Welt (Hrsg., 2011): Darf's ein bisschen mehr sein? Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung. Bonn.
- Forum Umwelt und Entwicklung (2011): *Green Economy. Neue Impulse durch den Rio-Gipfel?* Rundbrief 3.
- GENANET (2011): *Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft*. Positionspapier; www.genanet.de.
- Gudynas, Eduardo (2011): Buen Vivir: Today's tomorrow. In: *Development* 54(4), S. 441–447

- Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg., 2012): Commons. Für eine Welt jenseits von Politik und Staat. Bielefeld.
- Hoffmann, Ulrich (2011): Some Reflections on climate change, green growth illusions and development space. UNCTAD Discussion papers Nr. 205. December 2011. Geneva.
- Institut Solidarische Moderne (2011): Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne. www.solidarische-moderne.de
- Iz3w – Informationszentrum Dritte Welt (2011): Mission Windrad – Der grüne Kapitalismus kommt. Heft 327.
- Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München.
- Kaufmann, S./Müller, T. 2009. Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin.
- Klein, Dieter/Steinitz, Klaus (2000): Weichenstellungen für einen Sozialökologischen Umbau. In: Klein, Dieter (Hrsg.): Reformalternativen. Sozial-ökologisch-zivil, RLS Schriften Bd. 2, Berlin.
- Khor, Martin (2011): Risks and Uses of the *Green Economy* Concept in the Context of Sustainable Development, Poverty and Equity, genf: South Centre.
- Netzer, Nina (2011): Ein weltweiter Green New Deal. Krisenmanagement oder nachhaltiger Paradigmenwechsel?, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Paech, Nico (2010): Die Legende vom nachhaltigen Wachstum – Ein Plädoyer für den Verzicht, in: Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, September 2010.
- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011): Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. AttacBasisTexte 36, Hamburg.
- Simon, Nils/Dröge, Susanne (2011): *Green Economy*: Vision mit begrenzter Reichweite. Ohne die G20 kann es keine grüne Transformation der Weltwirtschaft geben. SPW-aktuell 19. Berlin.
- Südlink (2012): Alternativen zum Wachstum – Mit Rio+20 aus den globalen Krisen? Heft 159. Berlin.
- Unmüßig, Barbara (2012): Grüne Ökonomie – neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20-Konferenz. In: Vereinte Nationen, Heft 1.
- Wissen, Markus (2012): Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise. In: Kurswechsel 2/2012.

Impressum

Bildungsbroschüre Schöne Grüne Welt

luxemburg argumente Nr. 3; Überarbeitete 2. Auflage,
Berlin, Mai 2012
ISSN 2193-5831

Autor

Ulrich Brand

(Unterstützung bei der Recherche: Jana Flemming)

Herausgegeben von

Steffen Kühne, Antonella Muzzupappa,
Sabine Nuss, Stefan Thimmel
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Kontakt

Steffen Kühne, Tel. 030 44310-402, kuehne@rosalux.de
Stefan Thimmel, Tel. 030 44310-434, thimmel@rosalux.de

Grafik/Layout

AEIOU www.bureau-aeiou.com
MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Illustrationen: Susann Stefanizen www.susannstefanizen.de

Druck

MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



SCHÖNE GRÜNE WELT

Ökonomie ist kohlenstoff